

Für weltanschauliche Neutralität des Staates - Laizistischer Gesprächskreis SPD-Sachsen -



Newsletter 01/2014 vom 18.03.2014

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,

am 10. Februar 2014 fand in Nürnberg das **Treffen der Bundessprecher** der SPD-Laizisten statt. Natürlich gab es viel zu erörtern. Der Koalitionsvertrag wurde kritisch bewertet. Die Parteien der großen Koalition haben sich darin zwar erstmalig nicht nur zu einem Dialog mit der Kirchen und anderen Religionsgruppen, sondern auch mit den freien Weltanschauungsgemeinschaften bekannt. Das ist sicherlich ein Fortschritt, wenn man bedenkt, wie eng der Schulterschluss und die personelle Verbindung zwischen den beiden Kirchen und führenden Sozialdemokraten ist, während säkulare Organisationen auch von der SPD meist ignoriert werden. Wir sind gespannt, ob die guten Vorsätze aus dem Vertrag auch wirklich mit Leben gefüllt werden. Zum anderen haben sich SPD und CDU/CSU für die nächsten vier Jahre jedoch verabredet, keinerlei Änderungen am sogenannten Staatskirchenrecht (allein dieser Begriff ist schon ein Problem) vorzunehmen. Damit bleibt die große Koalition meilenweit hinter dem zurück, was in Deutschland an dieser Stelle geändert werden muss. Erinnerung sei nur an das rückständige kirchliche Arbeitsrecht, an den fehlenden Diskriminierungsschutz bei kirchlichen Mitarbeitern oder an die anachronistischen Staatszahlungen an die beiden christlichen Kirchen.

Wichtigstes Thema beim Treffen der Bundessprecher war aber die Weiterentwicklung der SPD-Laizisten in den nächsten Monaten. Der Sprecherkreis war einhellig der Meinung, dass man sich künftig nicht mehr nur auf laizistische Fragen konzentrieren will. Man will sich künftig, so heißt es in einer Presseerklärung, über das Thema der Trennung von Staat und Religion hinaus noch stärker in weitere gesellschaftliche Debatten einbringen. Das gelte insbesondere für die aktuelle Diskussion in Deutschland um ein selbstbestimmtes Leben und Sterben, Kinderrechte und Gleichstellungspolitik. Denn Politik und Gesetzgebung, so der Sprecherkreis, darf sich hierbei nicht einseitig an den Vorgaben von Religionsgemeinschaften ausrichten. Auch die konfessionsfreien und nichtreligiösen Bürgerinnen und Bürger haben dazu Meinungen und Haltungen. Deren Interessen müssen artikuliert und in der SPD vertreten werden können. Diese thematische Erweiterung unseres Kreises wird auf dem Jahrestreffen der SPD-Laizisten beraten und wahrscheinlich auch mit Beschlüssen umgesetzt werden.

Das Thema **selbstbestimmtes Leben und Sterben** bewegt noch immer eine Vielzahl von Menschen in unserem Land – nicht nur aus eigener oder familiärer Betroffenheit heraus. Nach einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Krankenkassen befürwortet eine klare Mehrheit von 70 Prozent der Deutschen die Möglichkeit einer aktiven ärztlichen Sterbehilfe. Dessen ungeachtet beabsichtigt die große Koalition in Berlin, und vor allem Bundesgesundheitsminister Gröhe (CDU) – noch immer die Vorlage eines Gesetzesentwurfes zur Kriminalisierung der Sterbehilfe. Namhafte säkulare Organisationen haben sich nun auf eine gemeinsame Positionierung zu diesem Gesetzgebungsverfahren verständigt. Es wurden 10 gemeinsame Leitsätze formuliert, die im Internet unter www.mein-ende-gehoert-mir.de nachgelesen werden können. Auf dieser Website kann man sich auch als Unterstützer dieser Positionen eintragen lassen. Gegenwärtig prüft der Sprecherkreis der SPD-Laizisten, ob er sich auch seinerseits diesen Positionierungen anschließt. Wir würden dies sehr begrüßen.

Für weltanschauliche Neutralität des Staates

- Laizistischer Gesprächskreis SPD-Sachsen -

Am 11. März 2014 erschien im Vogtland-Anzeiger ein Artikel über die Teilnahme des sächsischen SPD-Chefs Martin Dulig an der **Reichenbacher Bibelwoche**. Die Zeit war in der Redaktion der Zeitung offensichtlich mal wieder so knapp, dass sich der Anzeiger die Presseerklärung der ev.-luth. Kirchgemeinde gleich in der „Wir-Form“ selbst zu eigen machte (siehe Abdruck) – aber darum geht es hier nicht. Bemerkenswert ist vielmehr, dass die Bibel-Woche in diesem Jahr ganz bewusst in den Reichenbacher Ratssaal verlegt worden war. Die christliche Botschaft sei nicht nur etwas für kirchliche Insider, sondern gehe alle Menschen etwas an! Deswegen verlassen wir für diese Veranstaltung unsere kirchliche Räume und nutzen einen öffentlichen Raum. Jeder ist eingeladen vorbeizuschauen, was die von der Kirche da so machen.

Die christliche Botschaft sei eine Insider, sondern gehe alle halb verlasse man die kirchliche war zu lesen, einen öffentlichen und die zur Bibellesung herbei- und SPD wussten aber genau, nicht um irgendeinen öffentlicher Bibel lesen wollte. Mochte öffentlichen Raum Kirche tun, tagsüber damit unter die Men-Beispiel auf den Mark oder auf te sich daran gestoßen. Nein, Bürgernähe ging es den Beteiliganz offensichtlich darum, auch politischen Raum, wenn nicht chen, zu setzen. Der Ratssaal, Demokratie, musste es sein, um spruch der Kirche und der Gläunen auch hier für unseren Gläubionierung geht selbst hier, im chen Staatsmacht. Egal ob im destag, ob im Kleineren, beim Landtag, oder hier bei der Bibel-Ratssaal – die Anmaßung der Staates zu missionarischen nehmen, ist immer wieder die-der weltanschaulichen Neutral-Rechtsstaat hat sich bis in diese herumgesprochen. Und die dabei überparteilich die Augen sie genauso wie ihre Kirche, Gelegenheit, sich als fromme Martin Dulig jedenfalls, so ne Bibellesung gestern, meinte, trauen“ und für ihn stehe die gument an vorderster Stelle Mehrheiten. Na, wollen wir mal kratischen Wahlkämpfer zur anders sehen.

